

Erichent täglich
früh $6\frac{1}{2}$ Uhr.
Lebarten und Spezialeien
Gebannngasse 33.
Sprechstunden der Lebarten:
Dienstags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Wer die Rücksicht empfindlicher Stamm-
kunde macht für die Reaktion nicht
verbindlich.
Annahme der für die nächst-
folgende Rummel bestimmbaren
Lebarten an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis $1\frac{1}{2}$ Uhr.
In den Filialen für Inf. Annahme
Otto Riemm, Universitätsstr. 22
Bautz 22d, Rathausmarkt, 16,
nur bis $1\frac{1}{2}$ Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Цеопп Мелитт^и. Краснодарский краеведческий музей

Mé 247.

Donnerstag den 4. September 1879.

73. Jahrgang

Befanntmachung.

Es sollen Sonnabend, den 6. September d. J. von Vormittags 9 Uhr ab
folgende im alten botanischen Garten aufbereitete Ruh- und Brennholzter als:
ca. 7 eide.n, 2 eichene, 1 lindener, 4 pappelne, 1 lieferner und 2 fremde Ruhholzter,
ca. 2 Km. eischorne, 8 Km. pappelne, 6 Km. frischbaumne und 8 Km. lieferne Brennscheite,
74 Km. diverse Gießscheite und 48 Stück Klarke Abraumhauzen
unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Bezahlung mit
bestimmt versteigert werden.
Sammelkunft an der Brücke in der verlängerten Albertstraße.
Leipzig, den 27. August 1879. **Der Rath der Stadt Leipzig.**

der Stadt Leipzig.

Die Spaltung der Conservativen.

In jener wertvollen Zeit, als die Centrums-Partei zum maßgebenden Factor im Reichstage wurde, veröffentlichte daß anerkannte Organ der Reichsregierung einen hoffnungsvollen Artikel, in welchem es die so lange ersehnte zuverlässige Regierungsmajorität auch für die Zukunft gefunden glaubte. Das Bild, welches die Bestandtheile dieser Majorität heute, noch nicht ein Vierteljahr später, darbieten, rechtfertigt die Zweifel, welche damals gegen diese Aussicht erhoben wurden, gänzlicher, als man hätte erwarten können. Damals sprach die halbamtliche „Provinzialcorrespondenz“ von dem gegenseitigen Vertrauen, welches das Zusammengehen in einem so entscheidungspollen Augenblide auch für die Folgezeit begründen und bestätigen müsse. Wo sind heute die Spuren dieses Vertraens? Das Centrum und die Freiconservativen sind in offenem Kampfe mit einander; die Forderungen, welche sie in ihren Wahlaufrufen in Bezug auf Schule und Kirche erheben, passen zusammen wie Wasser und Feser. Kein Wunder! Was der Doppelgänger der freiconservativen Partei im Reichstage, die deutsche Reichspartei, an Seelenverwandtschaft mit dem Centrum besitzt, ruht in antisozialistischen Elementen, welche sich den preußischen Freiconservativen nur aus Verlegenheit, in Erwartung eines andern Unterschlups angegeschlossen haben. Man weiß, daß jener Theil der Reichspartei, welcher durch den Namen des Grafen Moltke gekennzeichnet wird, den Antrag beantragt,

organische Beziehungen mit einander abzustützen. Kurz, die so laut gepredigte „Zusammenfassung aller conservativen Elemente“ stellt sich trotz der so eben von der „Kreuzzeitung“ abgegebenen Versicherung der Bereitwilligkeit der Altkonservativen in der Praxis schon unter denselben als sehr schwierig heraus, welche auf dem Boden des Reichs brüderlich Hand in Hand gehen. Wie viel mehr noch, wenn es sich um eine Vereinigung der Altkonservativen und Neuconservativen zusammen mit den Freiconservativen handelt! Besser als durch alle Programmdifferenzen wird die tiefe Kluft durch daß den freiconservativen Reihen entflammende geflügelte Wort gekennzeichnet, welches den Altkonservativen das Trachten nach der „Herrschaft von Pfaff und Junfer“ vorwirft.

Das Gesagte, denken wir, genügt, um zu zeigen, wie die Regierungsmajorität vom Juli d. J. die Probe des inneren Zusammenhalts besteht. Von dem „Vertrauen“, welches in dem Verhältnisse zwischen den einzelnen Bestandtheilen der Majorität und der Regierung obwaltet, wollen wir gar nicht erst reden. Unbedingt sind der Letztere wohl nur die Neuconservativen ergeben, die Freiconservativen sind nicht mehr ohne alle Bedenken und die Altkonservativen pechen gewaltig auf ihrer Selbstständigkeit. Das Centrum aber befindet sich der Regierung gegenüber einstweilen wieder vollständig im Kriegszustande. Wo sind die Hoffnungen dieses Sommers geblieben? Man begreift, daß sich die „Provinzialcorrespondenz“ nach einer neuen Mittelstellung zu schaffen beginnt.

Politische Weiterbildung

Prinzip. A. Schmidbauer

Der deutsch-russische Fieberkrieg bließt nun mehr ziemlich friedlich beigelegt werden, nachdem der Telegraph gestern die sensationstreuige Welt mit der Nachricht einer Zusammenkunft des Kaiser Wilhelm und Alexander überrascht hat. Das Wolff'sche Bureau verhandelte aus Berlin unter dem Datum des 2. September folgendes Rittschreiben:

sehr durch den Staatsgebannten beherrschen lassen. Darum werden sie von der „Germania“ wie eine Handvoll Streber behandelt, denen weiter keine Bedeutung beizumessen ist. Besser ist sie auf die Altkonservativen zu sprechen. Aber dieselben sind nicht so leicht zu finden. Soll man die „Aufsorgerang“, welche der „Ausschuss des Wahlvereins der deutschen Konservativen“ an die preußischen Mitglieder der Partei gerichtet hat, als den concreten Ausdruck der Anschauung dieser Elemente nehmen? Herz, die „Germania“ darf sich auch den strengen Konservativen gegenüber wegen Mangels an Entschiedenheit beklagen. Wirkliches Vertrauen hat sie zu den ganzen Rechten nicht. Nun aber erst das Verhältnis der Konservativen unter einander! Im Reichstage besteht eine Partei der „deutschen Konservativen.“ Ihren Rahmen entsprechend, erhebt sie den Anspruch, eine Vereinigung aller wirklich Konservativen in Deutschland zu sein. Im Reichstage ist es ihr in der That gelungen, Alles, was sich außer den Freikonservativen konservativ nennt, unter ihre Fahnen zu sammeln. Dagegen bestanden im preußischen Abgeordnetenhaus bisher neben den Freikonservativen noch immer zwei gesonderte Fraktionen, diejenige der „Kanzler-Fehde“ damit etwas geändert wird.

immer zwei gesonderte Fraktionen, diejenige der Neokonservativen und diejenige der Konservativen schlechzweg oder, wie sie sich früher nannten, der Altconservativen. Die Letzteren sind nun nicht als gesonderte Fraktion in den Wahlkampf eingetreten, sondern haben, wie bereits erwähnt, von dem für ganz Deutschland errichteten Aufschluß der deutsch-konservativen Partei sozusagen einen Arrestbefehl an die Mitglieder der Partei in Preußen ergehen lassen. Der Sinn dieses Verfahrens kann nur der sein, daß durch diesen Aufruf Alt- und Neokonservative gezwungen werden sollen, wie sie bei den Reichstagswahlen zusammengehen und im Reichstage zusammenstimmen, so auch jetzt in Preußen nur noch als eine einzige Partei aufzutreten. Inzwischen hatten aber die Neokonservativen bereits ihren eigenen Wahlaufruf in die Welt gesandt, der, von der „Anforderung“ der Deutschenkonservativen sich nicht unwe sentlich unterscheidend, nunmehr seinerseits den Anspruch erhob, den Sammelplatz für eine einzige conservative Partei zu sein. Daß dies getrennte Vorgehen durchaus nicht etwa auf einem freundschaftlichen Wissen beruhe, mag man oder nicht.

Allerorten in Deutschland ist der glorreiche Tag von Sedan feierlich begangen worden. Nach der Kaiserstadt an der Spree hatte in edlem Wettkampf mit den deutschen Schwesternstädteln sich in das Festfeiern gehüllt, wenn auch nicht verheißt werden soll, daß dort die Freude durch die Erfahrungheit der politischen Lage getilgt gewesen ist mehr als in irgend einer anderen Stadt. Ueber die Stimmung in Berlin schreibt uns unser dortiger Correspondent vom Dienstag: „Berlin zeigte gestern ein festliches Gewand. Das Rathaus, das Palais, zahlreiche amtliche Gebäude und viele Privathäuser prangten in reichem Flaggen schmuck. Die demokratische Hauptstadt des Reiches mit jenem Oberbürgermeister an der Spitze, welchen die offiziöse Presse als Revolutionair zu benannten nicht ermüdet, läßt keine Gelegenheit unbenützt ihre gute patriotische Gefühlung auch künstlerisch zu dokumentiren. Allerdings ist die Festfreude nicht ungetrübt, da wohlmeinende Politiker die Errungenheiten des großen Jahrta-

1870 bedroht wähnen, wenn in der Regierung diejenige Partei von Ausschlag gebendem Einfluss ist, welche den Sedantag in Hass und Wut betraut oder mit Hohn und Spott überschüttet. Alle die Sorge um die Zukunft kann doch nur wenn die Freude an der Vergangenheit verklummt und mit besonderem Stolze trägt heute der Berliner seine deutsche Gesinnung zur Schau, jene deutschen Geist, den die Conservativen als den Utopiell alles Bösen bekämpften. Waren doch die Altvorderen unserer reactionären und ultramontanen Politiker, welche einst Jahn, den alten Turnvater, seines Amtes entzogen und Ketten und Banden schlugen, „weil er die höchst gefährliche Lehre von der deutschen Einheit“ erfunden. Waren es doch die Herren v. Barnbühel, Windhorst und Genossen welche sich gegen die Einigung des deutschen Reichs mit aller ihrer Kraft sträubten. Ja diesen und ähnlichen Erinnerungen blidt die liberale Partei mit besonderer Genugthuung auf die Errungenheiten des Tages von Sedan und in der Überzeugung, daß nur die Freiheit ein dauernder Mittel der Völker sein kann spricht sie mit stolzer Baudischt an diesem Tage „Das Reich muß uns doch bleiben“.

Zur Wahlbewegung wird uns aus Berlin geschrieben: „Man kann es den richterlichen Beamten in den altpreußischen Landen eigentlich nicht verdenken, wenn sie bei den bevorstehenden Landtagswahlen übergangen zu werden wünschen. Die Zeit des Ueberganges aus der alten Gerichtsorganisation in die neue, aus den bisherigen Proceduren in die neu einzuführenden erfordert wirklich die volle Arbeitskraft des Justizbeamten. Einigermaßen entshädigt wird er freilich für die vermehrte Anstrengung durch das vom Landtage liberaler Weise erhöhte Diensteinkommen. Befanntlich steht jetzt das Gehalt des Land- oder Amtsrichters 2400 — 6000 Mark, im Durchschnitt 4200 Mark betragen. Während bei den Landgerichtspräsidenten und Directoren, sowie bei den ersten Staatsanwälten die Abstufungen auf 600 Mark, bei den Staatsanwälten auf 400 Mark normirt sind, sollen sie bei den Richterstellen erst noch bestimmt werden. Die neu ernannten Land- und Amtsrichter stehen daher mit Ungehorsam der betreffenden ministeriellen Verfügung entgegen. Bisher ist nur angeordnet, daß für jeden Oberlandesgerichtsbezirk ein gemeinschaftlicher Besoldungsbetrag der Landrichter und Amtsrichter gebildet und die Reihenfolge der Richter durch das Dienstalter als Richtkassessor (richterliches Dienstalter) bestimmt wird. Dem Justizminister steht übrigens die Befugnis zu, in einzelnen Fällen zur Beseitigung von besonderen Unbilligkeiten einzelnen Richtern ihre Stellen in den neuen Staats besonders anzuspielen, indem findet diese Bestimmung eben dann keine Anwendung, wenn die Reihenfolge von dem richterlichen Dienstalter abhängt und der Eintritt solche Richter umfaßt, welche die gro-

Sehr verschiedenen Beurtheilungen, auch in der liberalen Presse, begegnet noch immer das Schreiben des Papstes Leo XIII. über die Wiederbelebung der scholastischen Philosophie. Gerechtfehlend erregt besonders ein Artikel des „Hann. Cour.“, welcher sich zu der Encyclika darstellt und sympathisch stellt. Diese Beurtheilung ist so bewundernswert, als aus dem päpstlichen Erlaß selbst unzweideutig hervorgeht, daß es dem Papst nicht um die Philosophie an sich zu thun habe, sondern lediglich um die Dienste, welche die Philosophie der römischen Kirche zu leisten im Stande sei. Viel bemerkt wird in politischen Kreisen ein Artikel der „Königl. Hortic. Blg.“ über die Philosophen der Curie, worin die Tendenz der päpstlichen Encyclika klar dargehan und insbesondere die politische Bedeutung beleuchtet wird, welche die Empfehlung der Philosophie des Thomas von Aquino hat. Dieser Heilige predigt nichts Anderes, als die vollständige Untergabe des Staates unter die Kirche, der weltlichen Fürsten unter den römischen Pontifex und die Ungültigkeit der Staatsgesetze gegenüber den Kirchengefahren. Die Lehre des heiligen Thomas ist mithin ein Angriff gegen die Grundlagen aller modernen Staaten. Sie ist schon im Jahre 1874 in einer von der Curie approbierten Schrift von Constantin Schäpler als wirksamles Rammbockmittel gegen den Ultrahollismus und die preußischen Kirchengesetze empfohlen worden. Es soll darum klar sein, daß die Encyclika Leo's XIII. weit entfernt ist, der liberalen Presse geeigneten Stützen zu thunen auf den Papst zu geben, vielmehr aber ein Angriff gegen das moderne Staatsprincip auf seitig beachtet und zurflüg gewiesen werden sollte.

Von der Einberufung eines neuen Stadttags ist, wie fest versichert werden kann, diejenigen Herbst keine Rede. Herr v. Hardenberg ist durch seine Amtsgeschäfte ganz dringend beansprucht genommen; den Landtagswahlen sieht wie seine politischen Freunde mit Besorgniß entgegen.

gegen. Was den Osten der preußischen Monarchie anlangt, so wird sich leider allem Wahnsinn nach diese Besorgniß nur allzu sehr rechtfertigen. Pessimisten wollen vorhersagen, daß in ganz Ostpreußen und Pommern nur die beiden Städte Königsberg und Stettin liberalerseitig behauptet werden würden.

Wie aus Marine-Kreisen verlautet, hätte das über den Capitäne zur See Grafen v. Montb abgehaltene Kriegsgericht es als solches abgelehnt, Experimente mit dem Modell des "Großen Kurfürst" als Beweismaterial gegen den Angeklagten in Betracht zu ziehen. Fast will es den Anschein gewinnen, als sollte diese beläugenswerthe Angelegenheit noch längere Zeit in der Schwebe bleiben. In Bezug auf einige Fortschritte in der Marine-Technik wird der "A. B." aus Riel vom 30. August geschrieben:

Nachdem der Chef der Admiralität, General v. Stosch, gestern mit dem Abendzuge hier eingetroffen und sein gewöhnliches Quartier im Hotel Germania, wo eben die beiden Musikkorps der Marine ihm ein Stückchen brachten, bezogen, begann derselbe heute früh sofort seine Inspektion, welche dieses Mal ausschließlich dem Torpedo- wesen galt. Den Beginn machten Übungen mit Defensiv-Torpedos — also unterseeischen Minen- läufen — ausgeführt von der Matrosen-Artillerie-Abteilung in Friedrichsort, welcher neben vielem Andern auch diese wichtige, für die eventuell vorzunehmende Hafensperrre notthafte Aufgabe obliegt; darauf folgten Schießproben mit Offensiv-Torpedos von dem in Friedrichsort zu diesem Zweck errichteten Schießstande und zum Schluss dieselben Übungen vom Bord des an der ehemaligen Döllnentrooker Werft liegenden Torpedoboots „Ritter“, theils vom Unterplag, theils von dem in raschste Fahrtgeschwindigkeit gesetzten Schiffe aus, und zwar sämtliche Versuche selbstverständlich mit unge- ladenen Torpedos, sowohl aus der Torpedolanone wie vom Lancier-Apparat aus, gegen in bestimmten Entfernung angebrachte leicht verankerte Scheiben. Den Versuchen mit Offensiv- oder Fischtor- pedos wird viel Zeit und unausgelehrte Aufmerksamkeit gewidmet; nebenher ist die innere Con- struction dieser eigentlichlichen Angriffswaffe eine so complicirte und daß bisher für dieselbe verwandte Material ein so ungemein empfindlich ist, daß die außerste Sorgfalt erforderlich ist, um den Wert des selben ungeschwächt zu erhalten. Versuche mit schwangladenen Fischtorpedos — sehr feh- spielige Experimente, weil das ganze Ding, wenn eine recht erkrüppigte Gumme kostet, dabei selbstverständ- lich jedes Mal verloren geht — können natürlich nur in sehr beschränktem Maße zur Ausfüh- rung gelangen. Beabsichtigt waren solche für diesen Tag, und zwar gegen einen ausrangierten Schiff als Angriffsobjekt; fraglich ist aber, ob die Ausführung noch in nächster Zeit erfolgen wird, da an dem Schiffe selbst noch andere Versuchsgleichheiten damit unternommen werden sollen und dasselbe zu diesem Zweck noch eine besondere baulicher Veränderungen bedarf.

Die österreichische Finanzverwaltung
gibt keineswegs das Ideal für eine maßreguläre
Wirtschaft ab, denn Unterbilanz und Deficit sind
die siebenden Faktoren, mit denen die cts- wie die
transleithanischen Reichsboten zu rechnen
haben. Auch das neue Statistikt wird dem Lande
neue Niederstürzungen bereiten. In einem Artikel
über das Budget für 1890, welches unter den
ersten Vorlagen der Regierung dem Reichsrath
zugehen wird, führt die "Montagsschweiz" folgen-

„Das cisleithanische Deficit, welches in diesem Jahre nach Abscheidung der Auslagen für Bosnien rund 21 Millionen Gulden beträgt, werde sich in Folge einer erfreulichen Steigerung der Production und der Consumption, die sich schon durch die diesjährigen effektiven Rehringdner manifeßtirt, ferner durch die Reduction des Militärbedarfs bis an die Grenze des Erreichbaren im nächsten Jahr auf weniger als 10 Millionen Gulden herabmindern. Über auch dieser Abgang werde Gedacht werden und schon der Voranschlag für 1880 werde, abgesehen von etwaigen ab nicht wahrscheinlichen Ausgaben für Bosnien und die Herzegowina, ohne Deficit sein, wenn die von der Regierung projectirten Steuervorlagen die Genehmigung des Reichstheates erhalten. Beleideten handle es sich nicht um eine allgemeine Steuererhöhung oder die Einführung neuer Ausfälle, sondern um die Erhöhung oder Einführung solcher Abgaben, welche an gewisse Rüben bringende Geschäfte, an zufällige Gewinne und dergleichen geknüpft werden. Es gehöre mit zu den Aufgaben der neuen Reichsturne der politischen Parteien, die Regierung in der Hoffnung ihrer Mission, daß Gleichgewicht des Staatshaushaltes herzustellen, durch Bekämpfung der vorgulenden Steuergesetze zu unterführen.“

Die vielfach verbreitete Zeitungsnachricht, welche den König von Italien bedenkllich erkrankt sei läßt, wird als grundlos bezeichnet und ist, wie man der Berliner „Rat.-Btg.“ schreibt, die italienischen Vertreter im Auslande angewiesen worden, den bezüglichen Gerüchten entgegenzutreten. „Nichts ist“, so schreibt man dem genannten Blatte, „daß König Umberto sich nicht der stärksten Con-